

Neuer Crash in Sicht

Politischer Balanceakt der Herrschenden: Euro-Krise steuert auf Schuldenschnitt zu, der US-Dollar kann nicht profitieren. Widerstand gegen finanzielle Repression

Von Rainer Rupp



So wie in Madrid am Sonntag
wehren sich immer mehr Bürger
der vom »Spar«-Diktat
betroffenen Staaten

Foto: AP

Die Euro-Zone verwandelt sich immer schneller in eine Zone der Vertrauenskrise: Mit dieser Feststellung warnte Anfang der Woche der Chefökonom von Cantor Fitzgerald, Uwe Parpart, in einem Rundbrief die Kunden seines global operierenden Finanzinstituts. Tatsächlich tauchen nach Griechenland, Irland und Portugal derzeit auch Spanien, Italien und Belgien auf den Monitoren des globalen Finanzkrisenradars auf. Trotz dieser miesen Aussicht für den Währungsraum profitiert der Konkurrent US-Dollar jedoch kaum davon. Auch die US-Währung steckt tief im Schlamassel.

Bekam man im Juli 2010 für einen Euro 1,20 Dollar, so hatte sich das Kursverhältnis bis Ende April dieses Jahres für die US-Amerikaner auf eins zu 1,50 verschlechtert. Erst Anfang Mai, seitdem die Euro-Krise wieder mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist, wurde der Kurs zum Euro wieder etwas korrigiert. Derzeit bekommt man für einen Euro rund 1,40 US Dollar, und trotz aller Hiobsbotschaften konnte die europäische Gemeinschaftswährung am gestrigen Dienstag sogar wieder Kursgewinne gegenüber dem Greenback verzeichnen. Das läßt ahnen, wie schlecht es trotz aller optimistischen Verlautbarungen aus Washington um die US-Wirtschaft steht.

Bereits am Montag hatte der Chef der US-Notenbank (Fed) von St. Louis, James Bullard, deutlich gemacht, daß die Fed auch nach dem Ende der unter dem Begriff »QE2« bekannten sonderbaren US-Geldvermehrung mit Hilfe der Notenpresse im Juli die Zinsen »für eine verlängerte Periode« weiter bei null Prozent (derzeit 0,25 Prozent) halten wolle. Man brauche mehr Zeit zur Einschätzung der Konjunktur, hieß es. Nicht wenige Beobachter befürchten, daß die US-Wirtschaft, obwohl noch nicht richtig erholt, bereits im Sommer in eine zweite Rezession abgleiten wird.

So warnte Fondsmanager Robert Rodriguez in der jüngsten Ausgabe des US-Magazins Money, daß die Vereinigten Staaten vor einer neuen Krise stehen. In bezug auf die strukturellen Probleme des Landes habe sich nämlich »so gut wie nichts geändert«, und die wachsende Staatsverschuldung sei auch nicht unter Kontrolle zu bekommen. Die Schulden

würden weiterhin schneller als die Wirtschaft wachsen, und bevor der US-Verbraucher sich von seinen in der Finanzkrise erlittenen Verlusten erholen und die US-Wirtschaft zur Normalität zurückfinden würde, würden mindestens noch acht Jahre vergehen, so Rodriguez.

Auch der Yale-Professor Robert Shiller, der wohl renommierteste Spezialist für den Immobilienmarkt, sieht schwarz für die nächsten Jahre. So waren die Kennziffern des US-Häusermarktes im ersten Quartal 2011 noch unter die schlechtesten Werte von 2008/9 gefallen. Zwar habe sich die Lage im April ein wenig gebessert, aber die Hauspreise lägen im Mittelwert derzeit immer noch um fünf Prozent niedriger als zum Beginn des Jahres. Eine echte Erholung sei nicht zu erkennen. Obwohl inzwischen die Rezession »rein technisch« vorbei sei, befänden sich die USA finanziell unverändert »in der schlimmsten Lage seit der »Großen Depression« in den 30er Jahren, so Shiller.

Aber auch in Europa verdichten sich die Sorgen, daß der Vertrauensverlust in die vor kurzem noch sicheren staatlichen Schatzbriefe von Ländern wie Griechenland, Irland und Portugal auf die größeren Staaten der Euro-Zone überspringt. Alle bisher von EU und IWF zusammengebastelten Rettungsschirme würden für fallende Schwergewichte wie Spanien oder Italien nicht reichen. Zugleich engen die soziale Unruhen, wachsende Proteste in den Krisenländern und zunehmender ziviler Ungehorsam ganzer Bevölkerungsgruppen den Spielraum der Herrschenden für weitere »Sparmaßnahmen« ein. Derweil erkennen immer mehr jüngere Menschen in den Krisenländern, wo die Arbeitslosigkeit in ihrer Altersgruppe selbst unter Hochschulabsolventen inzwischen bei 40 bis 45 Prozent liegt, daß die aufgezwungenen Entbehrungen nicht dazu da sind, das Los der Menschen zu verbessern, sondern die internationalen Banken vor Verlusten zu schützen.

Ginge es nach den Finanzkonzernen und den Regierenden, würde die Bevölkerung der »Problemstaaten« über die nächsten 20 bis 30 Jahre sozial zunehmend verelenden. So lange würde es dauern, bis die Schulden zurückgezahlt wären. Die Tatsache, daß es jetzt schon in den Ländern brodelt, macht den Herrschenden deutlicher, daß sie diesen Weg nicht bis zum Ende durchhalten können. Sie laufen sonst Gefahr, von der Bevölkerung davongejagt zu werden. Vor diesem Hintergrund ist der scheinbare Tabubruch nachvollziehbar, daß laut über die Möglichkeit eines Staatsbankrotts bzw. eines Schuldenschnitts nachgedacht wird. Zugleich machen sich die in ruhigeren Zeiten erlassenen Gesetze zur »Bekämpfung des Terrorismus« bezahlt. Die Warnungen, daß die angeblich gegen militante Islamisten erlassenen Maßnahmen sich auch hervorragend zur Repression der eigenen Bevölkerung und erst recht zur Bekämpfung von Arbeiterunruhen verwenden lassen, waren damals weitgehend auf Unglauben gestoßen oder ignoriert worden.